

# Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i> . . . . .		V
<i>Vorwort zur ersten Auflage</i> . . . . .		VI
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> . . . . .		XVIII
<i>Zur Arbeit mit diesem Buch</i> . . . . .		XXII

## Erster Teil

### Verfassungsgestaltende Grundentscheidungen – Staatszielbestimmungen

#### § 1 Grundlagen: Staat und Verfassung – das Grundgesetz als die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland . . . . .

	1	1
I. Staat und Staatsrecht . . . . .	1	1
1. Der Staat als Gegenstand des Staatsrechts . . . . .	1	1
2. Die drei Elemente des Staatsbegriffs . . . . .	2	1
a) Staatsgebiet und Staatsvolk . . . . .	3	1
b) Die Staatsgewalt im Verfassungsstaat . . . . .	5	2
c) Die Staatsgewalt im Bundesstaat . . . . .	7	3
3. Europäische Union . . . . .	8	3
II. Das Grundgesetz als die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	11	5
1. Das Grundgesetz als Verfassung im formellen und materiellen Sinn . . . . .	11	5
2. „Pouvoir constituant“, „pouvoir constitué“ und europäische Verfassung . . . . .	15	6
Exkurs: Deutsche Einigung, gesamtdeutsche Verfassung und Verfassungsreferendum . . . . .	17	7
3. Landesverfassungen im Bundesstaat . . . . .	18	7
III. Zur Verfassungsinterpretation . . . . .	19	8

§ 2 Das demokratische Prinzip des Grundgesetzes . . . . .	23	9
I. Staatsgewalt in demokratischer Legitimation – parlamentarische Demokratie . . . . .	23	10
II. Parlamentarische Demokratie – Funktionen des Parlaments . . . . .	27	11
1. Funktionen des Parlaments – Überblick . . . . .	29	12
Exkurs: Das Parlament in der Krise: en quelque façon nul? . . . . .	29a	13
2. Parlamentsvorbehalte . . . . .	30	13

VII

III. Legitimation durch Wahlen – verfassungsrechtliche		
Wahlrechtsgrundsätze . . . . .	39	17
1. Wahlrechtsgrundsätze und Bundeswahlgesetz . . . . .	43	18
2. Allgemeine, unmittelbare, freie und geheime Wahlen –		
Öffentlichkeit der Wahl . . . . .	46	20
a) Allgemeinheit der Wahl . . . . .	46	20
b) Unmittelbare und geheime Wahlen – Öffentlichkeit		
der Wahl . . . . .	47	20
c) Freie Wahlen . . . . .	49	21
3. Insbesondere: Gleichheit der Wahl und Wahlsystem . .	53	22
a) Zählwert- und Erfolgswertgleichheit . . . . .	53	22
b) Das Prinzip der personalisierten Verhältniswahl:		
Wahlsystem und Wahlverfahren . . . . .	56	23
4. Verfassungsfragen des geltenden Wahlrechts . . . . .	58	25
a) Negatives Stimmgewicht . . . . .	58	25
b) Sperrklauseln . . . . .	59	26
c) Grundmandatsklausel, Überhangmandate und		
Wahlrechtsgleichheit . . . . .	61	27
d) Wahlprüfungsverfahren . . . . .	65	29
5. Demokratie und periodische Wahlen . . . . .	67	30
6. Wahlrecht und Staatsangehörigkeit . . . . .	68	30
a) Der Grundsatz: „Volk“ in Art. 20 Abs. 2 GG		
als Staatsvolk . . . . .	68	30
b) Kommunalwahlrecht und Unionsbürgerschaft . . . .	70	31
IV. Politische Parteien in der parlamentarischen Demokratie		
des Grundgesetzes . . . . .	75	33
1. Politische Parteien – Begriff und grundsätzliche		
Bedeutung . . . . .	78	35
2. Freiheit und Gleichheit – verfassungsmäßige Rechte		
der Parteien . . . . .	82	37
3. Verfassungsfeindliche Parteien, Parteienprivileg		
und Parteiverbot . . . . .	85	38
4. Parteienfinanzierung . . . . .	89	40
5. Demokratische Binnenstruktur . . . . .	93	41
6. Politische Parteien im Verfassungsprozess . . . . .	96	42
V. Ausübung der Staatsgewalt durch Abstimmungen –		
direkte Demokratie . . . . .	101	44
1. Direkte Demokratie in den Ländern . . . . .	103	45
a) Verfassungsautonomie der Länder . . . . .	103	45
b) Gemeinsamkeiten und aktuelle Verfassungskonflikte		
104	45	
2. Direkte Demokratie ins Grundgesetz? . . . . .	111	47
VI. Demokratieprinzip und Europäische Integration . . . . .	114	49
1. Demokratische Legitimation der EU –		
Demokratiedefizit? . . . . .	115	49

2. Grenzen der Integrationsermächtigung . . . . .	117	51
3. Zur Rolle von Bundestag und Bundesrat . . . . .	118b	52
<b>§ 3 Das Gesetz als die zentrale Handlungsform des demokratischen Rechtsstaates . . . . .</b>	<b>120</b>	<b>55</b>
I. Gesetz, Demokratie und Rechtsstaat – grundsätzliche Zusammenhänge und Gesetzesbegriff des Grundgesetzes – Aufbau der Rechtsordnung . . . . .	120	55
1. Funktionen des Gesetzes – Rechtssicherheit und demokratische Legitimation . . . . .	122	55
2. Der Gesetzesbegriff des Grundgesetzes . . . . .	124	56
a) Formeller Gesetzesbegriff . . . . .	124	56
b) Einzelfallgesetze . . . . .	127	57
3. Keine Gesetzgebung: delegierte Rechtsetzung – untergesetzliches Recht . . . . .	130	58
4. Aufbau der Rechtsordnung . . . . .	132	58
II. Gesetzgebung in verfassungsrechtlicher Gebundenheit – Gesetzesprüfung . . . . .	136	60
1. Formelle und materielle Verfassungsmäßigkeit . . . . .	136	60
2. Gesetzesprüfung . . . . .	138	60
III. Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes: Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	141	61
1. Systematik der Kompetenzverteilung – Grundregel des Art. 70 GG . . . . .	146	62
2. Feststellung des einschlägigen Kompetenztitels . . . . .	152	64
a) Auslegung der Kompetenznormen . . . . .	153	64
b) Kompetenzmäßige Zuordnung . . . . .	160	66
c) Zuständigkeitskataloge und ungeschriebene Bundeskompetenzen . . . . .	166	67
3. Voraussetzungen der Kompetenzausübung – Art. 71, 72 GG . . . . .	172	69
a) Ausschließliche Bundeszuständigkeit, Art. 71 GG . . . . .	172	69
b) Konkurrierende Zuständigkeit, Art. 72 GG . . . . .	173	69
aa) Gesetzgebungsbefugnis des Bundes, Art. 72 Abs. 2 GG . . . . .	174	70
bb) Gesetzgebungsbefugnis der Länder, Art. 72 Abs. 1 GG . . . . .	177	71
cc) Abweichungsgesetzgebung der Länder, Art. 72 Abs. 3 GG . . . . .	179	72
dd) Rückholmöglichkeit, Art. 72 Abs. 4 GG . . . . .	180	73
ee) Übergangsrecht . . . . .	181	73
4. Zum Verhältnis von Bundesrecht und Landesrecht, Art. 31 GG . . . . .	184	74

IV. Verfahren der Bundesgesetzgebung . . . . .	193	79
1. Gesetzesinitiative . . . . .	195	80
a) Initiativrecht . . . . .	195	80
b) Zur weiteren Behandlung der Gesetzesinitiative . . .	197	80
2. Beschlussfassung in Bundestag und Bundesrat . . . . .	201	82
a) Gesetzesbeschluss des Bundestags . . . . .	201	82
b) Beteiligung des Bundesrats . . . . .	204	84
aa) Einspruchs- und Zustimmungsgesetze . . . . .	204	84
bb) Verfahren bei Einspruchsgesetzen . . . . .	205	84
cc) Verfahren bei Zustimmungsgesetzen . . . . .	211	86
c) Zustandekommen eines Gesetzes . . . . .	213	86
3. Ausfertigung und Verkündung:		
das Abschlussverfahren . . . . .	216	87
4. Verfahren der Verfassungsänderung . . . . .	221	89
a) Formelle Voraussetzungen . . . . .	221	89
b) Materielle Voraussetzungen . . . . .	222	89
V. Landesgesetzgebung . . . . .	223	90
VI. Recht der EU in der Rechtsordnung des Grundgesetzes . .	240	94
1. Rechtsquellen des Unionsrechts . . . . .	241	94
2. Unionsrecht und Grundgesetz – EuGH und BVerfG . .	244	96
a) Vorrang des Unionsrechts – Identität		
des Grundgesetzes . . . . .	244	96
b) Identitätskontrolle und ultra-vires-Kontrolle durch		
das BVerfG . . . . .	246	96
c) Zum Rangverhältnis der Normen – Kollisionslagen		
und ihre Auflösung . . . . .	247	97
aa) Nationales Recht kein Maßstab für Unionsrecht	248	97
bb) Keine Überprüfung unionsrechtlich		
determinierten Rechts am Grundgesetz . . . . .	248a	97
cc) Sekundäres und höherrangiges Unionsrecht –		
Prüfungs- und Verwerfungskompetenz . . . . .	248c	98
dd) Weitere Rechtsschutzfragen . . . . .	249a	99
3. Gesetzgebungszuständigkeiten und EU-Recht . . . . .	250	101
4. Grundgesetz und EMRK . . . . .	252	102
<b>§ 4 Das Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes . . . . .</b>	<b>255</b>	<b>104</b>
I. Das Rechtsstaatsprinzip im Grundgesetz – Struktur und		
grundsätzliche Bedeutung . . . . .	255	104
II. Das Rechtsstaatsprinzip im Grundgesetz: Gewaltenteilung	260	106
1. Gewaltenteilung im Grundgesetz . . . . .	265	107
2. Legislative, Exekutive, Judikative – die typischen		
Aufgaben . . . . .	266	108
a) Legislative: Normsetzung als parlamentarische		
Gesetzgebung . . . . .	266	108

b) Exekutive: Gesetzesvollzug . . . . .	267	108
c) Judikative . . . . .	268	108
3. Abgrenzungsprobleme, Kompetenzkonflikte . . . . .	271	109
a) Legislative – Exekutive . . . . .	271	109
b) Zur Rechtsprechung . . . . .	272	110
4. Gewaltenteilung und Europa . . . . .	274	111
III. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	280	113
1. Vorrang des Gesetzes . . . . .	287	115
2. Vorbehalt des Gesetzes für Eingriffsakte . . . . .	288	116
3. Insbesondere: Gesetzesvorbehalt für staatliche Informationstätigkeit . . . . .	294	117
4. Gesetzesvorbehalt und Leistungsverwaltung . . . . .	298	119
5. Wesentlichkeitsvorbehalte . . . . .	304	120
6. Insbesondere: Gesetzesvorbehalt und „besonderes Gewaltverhältnis“ . . . . .	310	122
7. Zum Einfluss des Europarechts – Rückforderung gemeinschaftswidriger (unionsrechtswidriger) Subventionen . . . . .	311a	123
IV. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Gewaltenteilung und exekutive Normsetzung . . . . .	321	128
1. Rechtsverordnungen . . . . .	323	128
a) Ermächtigung durch Gesetz . . . . .	323	128
b) Adressaten, Verfahren . . . . .	332	131
2. Satzungen . . . . .	340	135
3. Verwaltungsvorschriften, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und Gewaltenteilung . . . . .	346	138
V. Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit . . . . .	354	141
1. Grundsätzliche Bedeutung . . . . .	354	141
2. Insbesondere: Rechtsklarheit . . . . .	355	142
a) Klarheit und Bestimmtheit der Norm . . . . .	356	142
b) Klarheit und Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung . . . . .	362	144
3. Rechtssicherheit – Rückwirkungsverbot und Vertrauensschutz . . . . .	365	145
a) Das Problem . . . . .	369	146
b) Verbot rückwirkender Strafgesetze: Art. 103 Abs. 2 GG . . . . .	370	146
c) IÜ: Rechtsstaatliches Rückwirkungsverbot . . . . .	374	147
d) Vertrauensschutz außerhalb des Rückwirkungs- verbots? . . . . .	385	151
e) Europäisches Recht . . . . .	390	152
VI. Rechtsstaat und Übermaßverbot . . . . .	396	154
1. Grundsätzliche Bedeutung, Elemente des Verhältnis- mäßigkeitsprinzips . . . . .	398	155

a) Das Verhältnismäßigkeitsgebot im Grundgesetz: Bedeutung und Geltungsbereich . . . . .	398	155
b) Die Elemente des Verhältnismäßigkeitsgebots: Legitimer Zweck, Geeignetheit, Erforderlichkeit, Angemessenheit . . . . .	399	155
c) Geeignetheit und Erforderlichkeit in Verwaltung und Gesetzgebung . . . . .	400	156
d) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn: Das Prinzip der Abwägung . . . . .	405	157
2. Zum Anwendungsbereich des Verhältnis- mäßigkeitssprinzips . . . . .	409	159
a) Ermessensentscheidungen . . . . .	409	159
b) Eingriffsakte . . . . .	410	159
c) Zwischen Hoheitsträgern? . . . . .	412	160
d) Europäisches Recht . . . . .	413	160
VII. Justizgewähr, Rechtsschutz und gerichtliches Verfahren:		
Der Schutz der Rechtsstaatlichkeit . . . . .	416	161
1. Rechtsschutzgarantie und Justizgewährungsanspruch . . . . .	416	161
a) Der grundgesetzliche Anspruch auf Rechtsschutz . . . . .	418	162
b) Voraussetzungen und Tragweite der Rechts- schutzgarantie . . . . .	421	163
aa) Schutz subjektiver Rechte und Grundrechte . . . . .	421	163
bb) Kein Letztentscheidungsrecht der Verwaltung . . . . .	422	164
cc) Verfahrensordnungen und effektiver Rechtsschutz . . . . .	423	164
2. Gerichtsorganisation . . . . .	428	166
a) Gewährleistung der fachlich gegliederten Gerichtsbarkeit? . . . . .	431	167
b) Gewährleistung einer mehrinstanzlichen Gerichtsbarkeit? . . . . .	433	167
c) Das Recht auf den gesetzlichen Richter . . . . .	434	168
3. Gerichtliches Verfahren und Grundgesetz . . . . .	441	170
a) Das Recht auf Gehör . . . . .	443	171
b) Rechtsstaatlichkeit und „Fairness“ des Verfahrens, insbesondere im Strafprozess . . . . .	447	172
VIII. Das Widerstandsrecht des Art. 20 Abs. 4 GG . . . . .	453	174
<b>§ 5 Das bundesstaatliche Prinzip des Grundgesetzes . . . . .</b>	<b>455</b>	<b>175</b>
I. Grundlagen . . . . .	455	175
1. Geschichtlich . . . . .	458	176
2. Der Bundesstaatsbegriff des Grundgesetzes . . . . .	460	177
a) Staatlichkeit von Bund und Ländern . . . . .	461	177
b) Bundesstaatliche Kompetenzordnung . . . . .	463	178

c) Verfassungsautonomie der Länder . . . . .	464	178
d) Bundesstaatlichkeit als grundlegendes Verfassungsprinzip . . . . .	465	179
e) Bedeutung und Rechtfertigung des bundesstaatlichen Prinzips . . . . .	467	179
3. Ausblick: Bundesstaatlichkeit und Europäische Union . .	468	179
II. Kooperativer Föderalismus und Bundestreue –		
die föderalen Rechtsbeziehungen . . . . .	472	181
1. Unitarischer Bundesstaat und föderaler Wettbewerb . . .	476	183
2. Unitarisierung durch staatsvertragliche Regelungen . . .	478	183
3. Bundestreue, bundesfreundliches Verhalten . . . . .	481	184
a) Verfassungssystematischer Standort und grundsätzliche Bedeutung . . . . .	481	184
b) Insbesondere: Kompetenzschränken . . . . .	483	185
c) Insbesondere: Verfahrenspflichten . . . . .	486	186
d) Akzessorischer Charakter der Bundestreue – Anspruchsgrundlage? . . . . .	488	187
III. Verwaltungskompetenzen . . . . .	496	189
1. Der Grundsatz: Regelzuständigkeit der Länder im Verwaltungsbereich . . . . .	500	190
2. Der Normalfall: Landeseigener Vollzug von Bundesgesetzen . . . . .	501	191
3. Regelzuständigkeit der Länder für nicht gesetz- akzessorische Verwaltung . . . . .	504	192
4. Abweichung vom Regelfall: Bundesauftrags- verwaltung . . . . .	507	193
5. Bundeseigene Verwaltung . . . . .	510	194
6. Ungeschriebene Bundeskompetenzen auch für die Verwaltung? . . . . .	514	195
7. Unzulässige Mischverwaltung und zulässige Kooperation im Bundesstaat . . . . .	516	196
8. Bundesaufsicht, Bundeszwang, Bundesintervention . . .	519	197
9. Der verfassungsrechtliche Auftrag der Bundeswehr . . .	524	200
IV. Die Rechtsprechung in der bundesstaatlichen Ordnung . . .	525	202
V. Die bundesstaatliche Finanz- und Haushaltsverfassung . . .	529	203
1. Überblick . . . . .	532	204
2. Der Ausgangspunkt: Gesonderte Ausgabentragung (Konnexität), Art. 104a GG . . . . .	533	204
3. Steuerertragshoheit und Finanzausgleich . . . . .	535	205
4. Verteilung der Steuergesetzgebung . . . . .	542	207
a) Steuern und sonstige Abgaben: Begriffliche Voraussetzungen . . . . .	542	207
b) Zuständigkeiten . . . . .	543	208

5. Nichtsteuerliche Abgaben . . . . .	546	209
a) Die Begrenzungs- und Schutzfunktion der bundesstaatlichen Finanzverfassung . . . . .	546	209
b) Prinzipiell zulässige Abgaben . . . . .	547	209
c) Sonderabgaben . . . . .	550	210
6. Exkurs: Die bundesstaatliche Haushaltsverfassung – Föderalismusreform II . . . . .	552a	211
VI. Auswärtige Beziehungen und völkerrechtliche Verträge, Art. 32, 59 GG . . . . .	556	216
1. Völkerrechtliche Verträge: Verbandskompetenz und Organkompetenz, Art. 32 und Art. 59 GG . . . . .	558	216
2. Vertragsschluss- und Transformationsgesetz – das „Lindauer Abkommen“ . . . . .	560	218
<b>§ 6 Staatsziele . . . . .</b>	565	220
I. Das soziale Staatsziel . . . . .	565	220
1. Begriff und grundsätzliche Bedeutung des Sozialstaatsprinzips . . . . .	566	221
2. Zum Inhalt des Sozialstaatsprinzips . . . . .	567	221
3. Zur aktuellen Bedeutung des Sozialstaatsprinzips . . . . .	572	223
a) Sozialstaatsprinzip als unmittelbare Anspruchs- grundlage . . . . .	573	223
b) Sozialstaatsprinzip als Bestandsgarantie? . . . . .	576	224
c) Sozialstaatsprinzip als Eingriffslegitimation . . . . .	577	224
4. Zum Verhältnis von Rechtsstaat und Sozialstaat . . . . .	579	225
II. Staatsziel Umweltschutz . . . . .	581	226
III. Staatsziel Tierschutz . . . . .	587	228
IV. Die Staatszielbestimmungen der Landesverfassungen . . . . .	588	229
 Zweiter Teil		
<b>Staatsorgane</b>		
<b>§ 7 Der Bundestag . . . . .</b>	592	232
I. Rechtsstellung und grundsätzliche Bedeutung des Bundestags – Verfassungskonflikte . . . . .	597	234
II. Bildung des Bundestags, Zusammensetzung und Verfahren . . . . .	601	236
1. Verfahrensgrundsätze und Geschäftsordnung . . . . .	602	236
2. Ende der Wahlperiode und Neuwahlen . . . . .	606	239
III. Abgeordneter und Fraktion . . . . .	608	240
1. Der Abgeordnete . . . . .	608	240



a) Überblick: Rechte des Abgeordneten . . . . .	608	240
b) Das freie Mandat: Freiheit in der Ausübung, Repräsentation und Pflichtenstellung des Abgeordneten	609	241
c) Freies Mandat und Parteizugehörigkeit des Abgeordneten . . . . .	614	243
d) Parlamentarische Beteiligungsrechte des Abgeordneten . . . . .	617	244
e) Weitere Statusrechte des Abgeordneten . . . . .	620	246
2. Fraktionen . . . . .	625	248
3. Der fraktionslose Abgeordnete . . . . .	630	251
IV. Organspezifische Rechte des Bundestags, insbesondere:		
Untersuchungsausschüsse . . . . .	634	252
1. Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses . . . . .	636	253
2. Verfassungsmäßige Bestimmung des Untersuchungs- gegenstands . . . . .	637	253
a) Bezeichnung des Untersuchungsgegenstands und Festlegung . . . . .	637	253
b) Materielle Schranken des Untersuchungsrechts . . . . .	638	254
3. Zum Verfahren im Untersuchungsausschuss – Beweiserhebungsrechte . . . . .	642	256
Exkurs: Landesverfassungsrecht . . . . .	645a	258
4. Weitere Informationspflichten der Exekutive – Informationsansprüche des Parlaments . . . . .	645b	259
<b>§ 8 Der Bundesrat . . . . .</b>	649	265
I. Rechtsstellung, Bedeutung und Zusammensetzung des Bundesrats . . . . .	653	266
1. Zur Funktion des Bundesrats in der bundesstaatlichen Ordnung des Grundgesetzes: Teilhabe der Länder an der Staatsgewalt im Bund . . . . .	653	266
2. Zusammensetzung und Verfahren des Bundesrats . . . . .	654	267
II. Aufgaben und Befugnisse . . . . .	657	268
1. Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes . . . . .	657	268
a) Einspruchs- und Zustimmungsgesetze . . . . .	657	268
b) Reichweite der Zustimmungspflicht – Änderung des Zustimmungsgesetzes . . . . .	659	270
2. Mitwirkung bei der Verwaltung des Bundes . . . . .	663	271
3. Bundesrat und Europa – Art. 23 GG . . . . .	664	272
a) EU und innerstaatliche Kompetenzverteilung . . . . .	664	272
b) Mitwirkung des Bundesrats in EU-Angelegenheiten: Art. 23 Abs. 4 und 5 GG . . . . .	665	272
c) Verhandlungsführer der Länder, Art. 23 Abs. 6 GG . . . . .	665c	274
d) Prozessuale Konsequenzen . . . . .	665d	274

III. Garantie der Mitwirkungsrechte – Bundesrat und „Ewigkeitsgarantie“ . . . . .	666	274
<b>§ 9 Die Bundesregierung</b> . . . . .	671	277
I. Die Bundesregierung als Verfassungsorgan: Rechtsstellung und grundsätzliche Bedeutung . . . . .	674	278
II. Bildung und Amtsdauer der Bundesregierung . . . . .	677	280
1. Bildung der Bundesregierung . . . . .	678	280
2. Amtsdauer der Bundesregierung, Misstrauensvotum . . . . .	681	282
3. Die Vertrauensfrage . . . . .	683	282
III. Interne Organisation und Aufgabenverteilung . . . . .	687	286
1. Kanzlerprinzip, Ressortprinzip, Kollegialprinzip – zur Aufgabenverteilung innerhalb der Bundesregierung . . . . .	687	286
a) Systematik des Art. 65 GG . . . . .	687	286
b) Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers . . . . .	688	286
c) Ressortkompetenzen, Kollegialprinzip . . . . .	691	288
2. Das Beschlussverfahren der Bundesregierung . . . . .	696	290
IV. Einzelne Kompetenzen der Bundesregierung . . . . .	698	291
<b>§ 10 Der Bundespräsident</b> . . . . .	701	292
I. Rechtsstellung und Bedeutung . . . . .	703	293
1. Stellung im Grundgesetz . . . . .	703	293
2. Zur Gegenzeichnungspflicht . . . . .	706	294
II. Kompetenzen des Bundespräsidenten, insbesondere das Prüfungsrecht . . . . .	712	296
1. Ausfertigung von Gesetzen und Prüfungskompetenz . . . . .	712	296
2. Vertretung der Bundesrepublik nach außen . . . . .	717	299
3. Weitere Befugnisse . . . . .	720	299
4. „Politische“ Befugnisse des Bundespräsidenten? . . . . .	722	300
<b>Anhang zu §§ 7–10: Staatsorgane der Länder</b> . . . . .	726	302

### Dritter Teil

### Der Schutz der Verfassung durch die Verfassungsgerichtsbarkeit

<b>§ 11 Das Bundesverfassungsgericht</b> . . . . .	743	307
I. Das Bundesverfassungsgericht: Bedeutung und verfassungsrechtliche Stellung . . . . .	743	307
II. Einzelne verfassungsgerichtliche Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht . . . . .	749	309
1. Organstreitverfahren, Art. 93 Abs. 1 Nr 1 GG; §§ 13 Nr 5, 63 ff BVerfGG . . . . .	750	309

2. Bund-Länder-Streit, Art. 93 Abs. 1 Nr 3 GG; §§ 13 Nr 7, 68 ff BVerfGG . . . . .	757	313
3. Sonstige föderale Streitigkeiten, Art. 93 Abs. 1 Nr 4 GG; §§ 13 Nr 8, 71, 72 BVerfGG . . . . .	762	315
4. Die abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 Abs. 1 Nr 2 GG; §§ 13 Nr 6, 76 ff BVerfGG . . . . .	764	316
5. Die abstrakte Normenkontrolle nach Art. 93 Abs. 1 Nr 2a GG; §§ 13 Nr 6a, 76 ff BVerfGG . . . . .	771	318
5a. Feststellung der Ersetzbarkeit von Bundesrecht, Art. 93 Abs. 2 GG; §§ 13 Nr 6b, 97 BVerfGG . . . . .	772a	319
6. Die konkrete Normenkontrolle (Richtervorlage), Art. 100 Abs. 1 GG; §§ 13 Nr 11, 80 ff BVerfGG . . . . .	773	319
7. Verfassungsbeschwerden . . . . .	781	323
8. Weitere Verfahren . . . . .	785	324
III. Allgemeine Fragen des Verfahrens und der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	791	326
1. Besonderheiten der Normprüfungsverfahren . . . . .	791	326
a) Verfassungskonforme Auslegung . . . . .	792	326
b) Zurückhaltung gegenüber dem Gesetzgeber . . . . .	793	327
c) Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: Nichtigerklärung oder Feststellung der Verfassungs- widrigkeit . . . . .	794	327
2. Einstweilige Anordnungen des Bundesverfassungs- gerichts . . . . .	800	330
<b>Anhang: Hinweise zu Zulässigkeitsfragen der Ausgangsfälle . . . . .</b>	<b>804</b>	<b>331</b>
<b>§ 12 Landesverfassungsgerichtsbarkeit . . . . .</b>	<b>836</b>	<b>343</b>
I. Verfassungsgerichtsbarkeit in den Ländern: die wichtigsten Verfahrensarten . . . . .	836	343
II. Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit im Verhältnis zueinander . . . . .	855	351
1. Der Grundsatz: Selbstständiges Nebeneinander . . . . .	855	351
2. Insbesondere: Landesverfassungsbeschwerde wegen Verletzung von Landesgrundrechten in Anwendung von Bundesrecht . . . . .	859	353
<b>Anhang: Schematische Übersicht zum Gesetzgebungsverfahren . . . . .</b>		<b>355</b>
<i>Sachverzeichnis . . . . .</i>		<b>359</b>